LehrerSOS · Wolfsdrama · Kinderbetreuung

Blaue Post

NR. 20 ZEITUNG DER AFD-FRAKTION SACHSEN KOSTENLOS

Demokratie ist keine Einbahnstraße

Das neue Internet-Portal „Lehrer SOS“ der AfD-Fraktion

Fast täglich erreichen mich Hilferufe von besorgten Eltern und auch Schülern, die über Diskriminierungen berichten oder solche für ihre Kinder befürchten, wenn sie oder die Eltern als AfD-freundlich oder AfD-Wähler in Verdacht geraten.

Aber die Inszenierung bzw. das mediale Hochkochen des Internet-Portals, bevor wir überhaupt an die Öffentlichkeit getreten sind, hat uns jetzt doch überrascht. Allerdings hatte ich Gesprächsbedarf beim Landesamt für Schule und Bildung Sachsen und Dresden angemeldet und auch eine Anfrage zu bestimmten Vorgängen an einer Dresdner Oberschule an das Kultusministerium gerichtet.

Die Reaktion des Ministers zum Projekt der Webseite mit der Beschuldigung der „Gesinnungsschnüffelei“ nach Stasi-Manier ist völlig absurd. Piwarz verwechselt hier Ursache und Wirkung. Ursache sind die vielen, mich als Abgeordnete erreichten Klagen, Hilfeersuchen und Beschwerden über das – vorsichtig ausgedrückt – einschüchternde Meinungsklima an unseren Schulen. Die Wirkung auf die Betroffenen ist ausgesprochen repressiv und erinnert tatsächlich an finsterste Zeiten.

Die AfD will dem mit angemessenen Mitteln begegnen und Hilfe leisten, wo dies möglich ist. Der Vergleich von Minister Piwarz betrifft eine „machtlose“ Oppositionspartei und ist daher absolut unangemessen und historisch eine ungeheuerliche Fehlleistung.

Wir können uns nur auf die strikte Einhaltung des Neutralitätsgebots berufen. In einer Zeit, wo Demokratie nur noch als Einbahnstraße interpretiert wird, ist das schon fast ein Ding der Unmöglichkeit, wie auch das Interview des Chefs der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, im Morgenmagazin des ZDF zeigt: https://www.zdf.de/nachrichten/zdf-morgenmagazin/krueger-fehler-bei-politischer-bildung-100.html

Mit der Bespitzelung und Denunziation in der DDR und im Nationalsozialismus haben wir absolut nichts gemein.

Es geht uns um die Bürgergesellschaft heute, um unsere Kinder und ihre Lehrer in Sachsen, von denen wir wissen, dass sich der allergrößte Teil korrekt verhält. Das CDU-geführte Kultusministerium hat hier allerdings auf ganzer Linie versagt.

von
Karin **Wilke**
MdL

Wolfsdrama in Förstgen bei Niesky

Wolf

Zu den neuerlichen Wolfsrissen im Norden des Landkreises Görlitz mit über 50 toten und noch weiteren vermissten Schafen möchte ich als Landtagsabgeordnete aus dem Kreis Görlitz meinen Unmut ausdrücken.

Was muss eigentlich noch passieren, dass auch unsere politischen Gegner einmal ihren menschlichen Sachverstand über die politisch begründete Ablehnung sämtlicher AfD-Anträge stellen? Aber nein, statt den ohnehin strittigen Schutz des „Wolfes“ (nachweislich Hybride) durch ein geordnetes Jagdverfahren zu ersetzen, müssen nun wieder erhebliche Steuermittel zum Ersatz des entstandenen Schadens aufgewendet werden. Von den Folgekosten der ebenso von Steuergeldern finanzierten Naturschutzstation „Östliche Oberlausitz“ mal ganz zu schweigen. Das Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft wird komplett mit Steuergeldern finanziert. Die Naturschützer sind strikt dagegen, etwas gegen die zu hohe Wolfspopulation zu unternehmen. Jetzt sollten sie aber auf keinen Fall einen Antrag stellen, um die eingebüßten Schafe wieder aus Steuergeldern ersetzen zu lassen. Die Naturschutzstationen in Wolfsregionen sollten über Landschaftspflege mit der „Sense“ nachdenken, da sich Weidehaltung und Wölfe nachweislich nicht vertragen!

Im Kreistag des betroffenen Landkreises Görlitz hätte das Thema in der letzten Kreistagssitzung am 19.09.2018 schon behandelt werden können. Aber auf Antrag der Fraktion „Die Linken“ wurde der AfD-Antrag zur Änderung des „Wolfsmanagements“ in Sachsen, mit Zustimmung eines Großteils der Kreisräte, von der Tagesordnung genommen. Wir als AfD kennen die akute Situation mit dem Wolf vor allem in den Landkreisen Görlitz und Bautzen und wollten zum Schutz der Tierhalter und der Bevölkerung schnell handeln. Bei Zustimmung hätte der Landrat eine deutlich bessere Position bei den Verhandlungen gegenüber den Landesbehörden zur notwendigen Entnahme von „Problemwölfen“ gehabt. Jetzt plötzlich kommt aber auch die CDU zur Erkenntnis, dass die Gefahren für Mensch und Tier nicht zu übersehen sind, und stellt ihrerseits Untersuchungen an, durch „Entnahmen“ das Problem zu klären.

Schlussfolgerung: Die AfD mit ihrem Sachverstand zu ignorieren, führt selten zu positiven Ergebnissen.

von
Silke **Grimm**

Napalm auf AfD ist keine Hetze?!

Es ist wirklich kein Wunder, dass immer mehr Bürger den Glauben an den Rechtsstaat verlieren. Die in der Politik bereits allseits zu beobachtende Doppelmoral hält auch immer weiter Einzug in die Justiz. Das Thema „Volksverhetzung“ ist bestes Beispiel dafür. In der letzten Ausgabe der Blauen Post hat mein (Bundestags-)Kollege Jens Maier hierzu bereits ausgeführt und dargestellt, wie schamlos die deutsche Bevölkerung ohne Konsequenzen diffamiert werden kann. Einen neuen Höhepunkt hat diese Debatte nun mit einer aktuellen Entscheidung der Staatsanwaltschaft Dresden bekommen.

Am 31. August erstattete unsere Fraktion Strafanzeige wegen Volksverhetzung bei dieser. Hintergrund war ein am 27.08.2018 auf Twitter veröffentlichter Beitrag, in dem es heißt: „#Chemnitz Mauer um Sachsen, Afd rein, Dach drüber, Napalm und Tür zu“. Mit Bescheid vom 24.09.2018 wurde das Verfahren gegen den Verfasser dieser Worte eingestellt. „Der Beschuldigte hat mit der inkriminierten Äußerung in noch zulässiger Weise von seiner Meinungsfreiheit aus Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz Gebrauch gemacht. […]“, heißt es in der Begründung. Diese Entscheidung ist nicht nur rechtlich daneben, sie ist auch ein fatales Zeichen an die Gesellschaft. Politik und Medien werden ja bekanntlich nicht müde, gebetsmühlenartig zu wiederholen, dass die AfD die Gesellschaft spalte. Wahrscheinlich wird das auch diesem Beitrag unterstellt. Es schmeckt den Altparteien eben nicht, wenn Missstände und Ungerechtigkeiten in diesem Land rigoros aufgezeigt werden.

Da bleibt nur die Verteufelung der „Störenfriede“. Und das kann logischerweise nur funktionieren, wenn AfD-Angreifer möglichst umfassend geschützt werden. Wenn sich die Justiz dabei aber zum Handlanger einer Unrechtspolitik macht, wird es ganz eng für unsere Demokratie. Wahrscheinlich ist dem Staatsanwalt, der das gegenständliche Verfahren eingestellt hat, aber überhaupt nicht bewusst, was für ein Signal er damit aussendet. Wenn es keine Volksverhetzung sein soll, wenn in vorliegender Form gegen das sächsische Volk und Mitglieder einer demokratischen Partei zum Hass aufgestachelt und zu Gewaltmaßnahmen aufgefordert wird, ist der Spaltung der Gesellschaft tatsächlich Tür und Tor geöffnet. Extremisten werden sich den o. g. Tweet als Vorlage nehmen und „AfD“ wahlweise mit „Juden“, „Türken“, „Sozialdemokraten“ oder was auch immer ersetzen. Und sie werden es nicht verstehen, wenn das dann strafbar sein soll.

Eine solche Entwicklung kann sich niemand für unser Land wünschen. Unsere Fraktion hat selbstverständlich Rechtsmittel gegen die Verfahrenseinstellung eingelegt.

von
Carsten **Hütter**
MdL

Screenshot twitter: Reiner Woop

Zusammenhalt und Verantwortung

Perspektiven sächsischer Europapolitik

Bereits die Überschrift der Fachregierungserklärung ist glatter Etikettenschwindel!

Die CDU-SPD Regierung betreibt keine Europapolitik, sie betreibt die Politik der Europäischen Union! Und dabei handeln sie zutiefst antieuropäisch und antidemokratisch!

Gerade CDU und SPD handeln antieuropäisch:

- weil ihre Genossen in Brüssel und Berlin es unterlassen haben, gegen den erhobenen Finger der EU-Institutionen gegen Ungarn und Polen zu protestieren.

- weil sie die Politik und die Positionen der Bundesregierung und der EU gegen Russland mitunterstützen und dadurch die Sicherheit in Europa gefährden

- weil auch sie nicht frei von jeder Schuld sind, dass die „Dublin"-Regelunge faktisch außer Kraft gesetzt und durch eine außerrechtliche Willkommenskultur ersetzt wurden. Die Staatsregierung handelt antidemokratisch:

- weil sie kritiklos die Erzählung vom heilsbringenden europäischen Projekt mittragen.

Die EU ist kein Friedensprojekt!

Kennen Sie etwa einen europäischen Staat, der mit Krieg droht, falls sich diese Europäische Union auflöst?

Die EU schafft nicht mehr Wettbewerb! Die EU ist vielmehr eine zentrale Interessenvertretung der Großkonzerne!
Wenn Europa und wenn die Politik der Europäischen Union den Bürgern näher gebracht wird, dann allein durch die AfD. Wir haben die Bargeldabschaffung thematisiert, wir haben das Thema Währungsunion & EU-Rettungsschirme thematisiert. Wir haben dort, wo andere ihre Vorträge zu Protokoll abgegeben haben, zu Subsidiaritätsbedenken detailliert und öffentlich Stellung bezogen.

Wir haben immer den Finger in die Wunde gelegt!

Wir - die Alternative für Deutschland- sind die wahren Europäer!

von
Mario **Beger**
MdL

Mario Beger beim Treffen der europapolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen

Zukunft Kinderbetreuung

Wahlfreiheit für Eltern!

Symbolbild: Kinder

In der Aktuellen Debatte vom 78. Plenum des Sächsischen Landtags („Auf den Anfang kommt es an – Schritt für Schritt zu mehr Qualität in unseren Kitas“) kritisierte ich die katastrophale Politik der Landesregierung im Bereich frühkindliche Bildung. Nicht nur als Vater zweier Kindergartenkinder platzt mir der Kragen, wenn Kultusminister Christian Piwarz seine Augen vor der Realität verschließt. Es ist nicht nur falsch, sondern auch grob fahrlässig, wenn aus seinem Hause die Aussage kommt: „Verbesserungen bei der Erzieher-Ausbildung sind ohnehin gar nicht notwendig. Denn in Sachsen gebe es keinen Fachkräftemangel in Kitas.“ Die Zahl der Absolventen an den Fachschulen decken den aktuellen Bedarf - es gäbe genug Erzieher in Sachsen. Erstaunlich, wenn doch in vielen Kitas bereits jetzt Erzieher händeringend gesucht werden!

Die Koalition aus CDU und SPD betonte in der Debatte, wie viel man doch seit 2014 geschafft hat. Dabei schien sie mal wieder zu vergessen, dass die CDU bereits seit 1990 regiert und wir seit 2000 steigende Geburtenraten haben! Obwohl man seit 18 Jahren weiß, dass man im Bereich frühkindlicher Bildung nachbessern muss, ist erst seit dieser Legislaturperiode ein winziger Schritt gemacht worden. Die Entschuldigung, dass in Sachsen so viel mehr Kinder betreut werden, zieht nicht! Auch in Berlin werden beispielsweise über 90% der Ü3-Jährigen in der Kita betreut (Sachsen 95%); und da liegt der reale Betreuungsschlüssel bei 1:9, also eine Erzieherin für neun Kinder. Demgegenüber werden in Sachsen mindestens 12 Kinder von einer Fachkraft betreut, teilweise sogar deutlich mehr. Auch hier vergisst die Landesregierung mal wieder, dass Zahlen auf dem Papier eben nicht die Realität widerspiegeln! Krankheit, Weiterbildung oder eine junge Erzieherin, die selbst Mutter wird und in Elternzeit geht, werden da nicht berücksichtigt. Dabei ist die Arbeit unserer Erzieher hoch anzuerkennen! Vielen Dank dafür ausdrücklich an dieser Stelle.

Wir fordern als AfD eine finanzielle Gleichstellung von Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen möchten. Die freie Entscheidung der Eltern über die Betreuung ihrer Kinder darf nicht durch finanzielle Nachteile eingeschränkt werden. Wir arbeiten deswegen an der Erhöhung des Landeserziehungsgeldes, was Eltern endlich eine wirkliche Wahlfreiheit geben wird.

von
Dr. Rolf **Weigand**
MdL

Flüchtlinge fit dafür machen, dass sie ihre Heimat aufbauen können

Ein Viertel der Asyl-Einwanderer in Sachsen besitzt inzwischen eine Arbeitsstelle. 75 Prozent sind dagegen weiter arbeitslos. Die von den Altparteien versprochene Bereicherung und Beseitigung des „Fachkräftemangels“ ist also ausgeblieben.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat auf dem Höhepunkt der Asylkrise 2015 genau das vorausgesagt. Mindestens die Hälfte aller Asylbewerber dürfte langfristig arbeitslos bleiben, so die Wissenschaftler vor gut drei Jahren. Das bedeutet: Hauptsächlich hat eine illegale Einwanderung in die Sozialsysteme stattgefunden, die Deutschland finanziell schwer trifft.

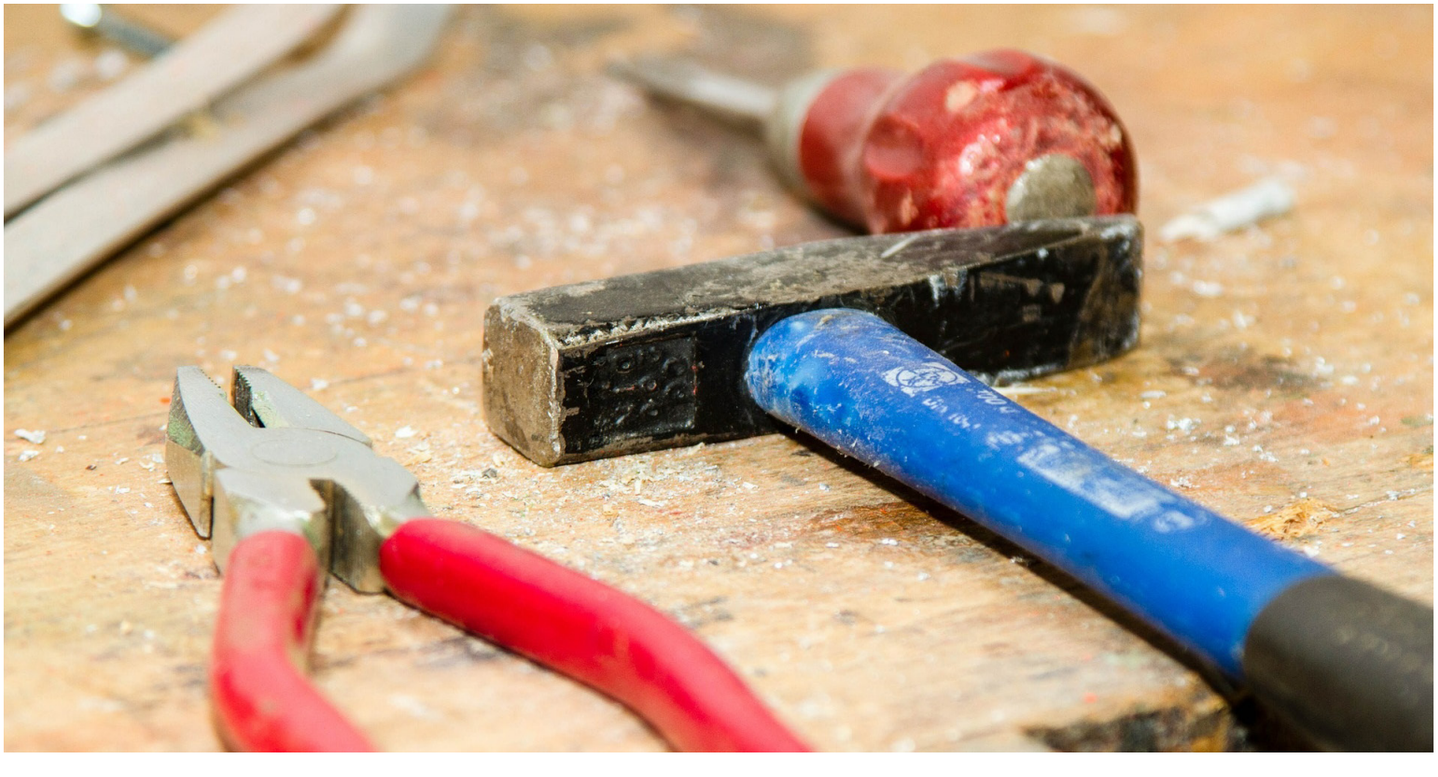
Wir müssen deshalb unsere Grenzen schützen, um dies einzudämmen. Wir müssen illegale, kriminelle und nicht asylberechtigte Ausländer ausweisen und bei anerkannten, so genannten „Flüchtlingen“ eine hohe Anpassungsbereitschaft einfordern. Zudem müssen wir auch bei ihnen eine ehrliche Debatte über Rückkehrmöglichkeiten führen. Asyl bedeutet schließlich temporäre Hilfe und darf nicht mit einem lebenslangen Bleiberecht verwechselt werden.
Von daher schlage ich für Flüchtlinge in Ausbildung vor, sie mögen in Deutschland einen Beruf erlernen und die ersten Schritte im Arbeitsleben bei ihrem Ausbildungsbetrieb verbringen, sofern es sich um eine vollauskömmliche Stelle handelt, für die keine staatliche Unterstützung nötig ist. In Wirklichkeit werden diese Menschen jedoch in ihrer Heimat viel dringender benötigt als in Deutschland.

Afrika und der Erweiterte Mittlere Osten werden nur eine Chance haben, sich positiv zu entwickeln, wenn die einheimische Intelligenz vor Ort den Aufbau anpackt. In vielen Fällen könnten wir dazu einfacher als gedacht beitragen. Denn: Global agierende Unternehmen wie Volkswagen haben inzwischen Fabriken in Ruanda und Kenia. Wer also als Flüchtling bei VW in Zwickau eine Ausbildung anfängt, könnte durchaus in eine heimatnahe Fabrik wechseln. Die Globalisierung macht´s möglich.

Der Normalfall sieht freilich anders aus: Die meisten Flüchtlinge in Beschäftigung werden bei Leiharbeitsfirmen für Hilfstätigkeiten eingesetzt. Vielfach fließen für Unternehmen dabei auch noch Subventionen. Das ist ein Modell, das zutiefst unsozial gegenüber Einheimischen und Flüchtlingen ist. Die Masseneinwanderung darf nicht zu einem Konjunkturprogramm für prekäre und atypische Arbeitsverhältnisse werden.

Unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik muss sich vielmehr darauf konzentrieren, Einheimische in gut bezahlte Arbeit zu bringen. Aufgrund der Vielzahl an Herausforderungen im 21. Jahrhundert (Digitalisierung, demographischer Wandel, ...) werden wir damit schon voll ausgelastet sein.

von
Sebastian **Wippel**
MdL



Finanzausstattung der Kommunen im ländlichen Raum stärken

Die Bundestagswahl 2017 war in Sachsen nicht nur ein Fanal, sondern Startpunkt einer neuen Entwicklung. Nicht nur die Bürger machten ihren Unmut an der Wahlurne Luft, auch Landräte und Bürgermeister begannen sich gegen die Sparpolitik der CDU-geführten Staatsregierung aufzulehnen.

Besonders deutlich die parteilosen Bürgermeister des Erzgebirgskreises: Sie kritisieren die ungenügende Finanzausstattung der Kommunen trotz Rekordsteuereinnahmen, die ausufernde Bürokratie und die Vernachlässigung des ländlichen Raumes. Die Folgen dieser Politik sind seit langem sichtbar: Gemeindeämter, Bibliotheken, Schulen und Jugendclubs schlossen. Die Öffnungszeiten der verbliebenen Einrichtungen wurden eingekürzt. Die Zahl der gemeindlichen Mitarbeiter sank.

Während sich die Staatsregierung neu sortierte, brachte die AfD-Fraktion im Dezember 2017 einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Kommunen im ländlichen Raum im Plenum ein. Wir forderten im Zeitraum von 12 Jahren jährlich 250 Millionen Euro zusätzlich für die ländlichen Kommunen. Diese sollten nach Fläche, nicht nach Einwohnerzahl verteilt werden. Der Gesetzentwurf sah einen großen Spielraum bei der Verwendung der Mittel vor: Neben Bau, Unterhaltung und Betrieb von kommunalen Einrichtungen war die Förderung des gesellschaftlichen Lebens und des Ehrenamts vorgesehen.

Die Altparteien lehnten unseren Gesetzentwurf am 26. September 2018 ab.

Stattdessen beschloss die Staatsregierung pauschale Zuweisungen an kreisangehörige Gemeinden. Von 2018 bis 2020 erhalten diese 70 Euro je Einwohner. Um im Landeshaushalt nur 30 Millionen Euro pro Jahr einstellen zu müssen, werden die 70 Euro je Einwohner nur für die ersten 1.000 Einwohner der Gemeinde gewährt. Eine Stadt mit 10.000 Einwohnern bekommt daher also nur 7 Euro pro Einwohner und Jahr.

Der Kommentar des Oberbürgermeisters von Annaberg-Buchholz dazu: „Das ist eine nette Geste, aber ein Tropfen auf den heißen Stein."

Unsere Fraktion schließt sich dieser Bewertung an und wird sich für eine Erhöhung des zugewiesenen Betrages einsetzen. Die ausreichende Finanzausstattung der ländlichen Gemeinden ist kein Gnadenakt, sondern folgt aus dem grundgesetzlichen verankerten Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Auch weiterhin werden wir für die Kommunen kämpfen, damit diese ihre Leistungen gegenüber ihren Bürgern nicht noch weiter einschränken müssen.

von
André **Barth**
MdL

Impressum

Blaue Post Nr. 20
September 2018

Herausgeber

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 - 493-4222
E/Mail: presse@afd-fraktion-sachsen.de
info@afd-fraktion-sachsen.de

Redaktion: Albrecht Andreas Harlaß
V.i.S.d.P.: Albrecht Andreas Harlaß
Auflage: 240.000
Erscheinungsweise: Monatlich

Fotonachweise

Fraktion: S. 1, S. 8, Autorenfotos

Privat: S. 2, S. 3, S. 4, S. 5, S. 6

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwahrend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise viermal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.

Alternative für Deutschland
AfD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de

AfD-Fraktion bei facebook:
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen

AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT

AfD-Fraktion bei youtube:
http://bit.ly/1L9Tblf

Hinweis

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar: www.blaue-post.de

Weitere aktuelle Informationen über die AfD Sachsen erhalten Sie unter blaue-landespost.de oder über afdsachsen.de.
Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

Fahrverbote und Migrationspakt

Liebe Leser,

heute greife ich zwei aktuelle Debatten auf, die beide demselben Muster folgen: Die Diesel-Fahrverbote und der sogenannte „Globale Pakt für Migration“.

Die unwissenschaftlichen Schadstoff-Grenzwerte, die zu den Fahrverboten für Diesel-PKW in Deutschland führen, wurden auf EU-Ebene mit den Stimmen der Altparteien beschlossen. Absurd ist: Die zulässigen Grenzwerte für Stickoxide an einem Arbeitsplatz in der Schweiz sind 150mal höher als die auf einer deutschen Straße!

In Deutschland beteuert die CDU, man wolle Fahrverbote für Diesel-PKW vermeiden. In Brüssel beschließt die CDU genau die Grenzwerte, die zu Fahrverboten führen. Das nächste Ziel: Der Benzinmotor! Schon ab 2020 verschärft die EU auch hier die Grenzwerte – wieder mitbeschlossen durch die Altparteien.

Der österreichische Verkehrsminister Hofer (FPÖ) stellt derweil klar: „Die derzeitige Debatte ist sachlich nicht gerechtfertigt und gefährdet zudem Arbeitsplätze.“ Fahrverbote in Österreich schließt er aus.

Auch die Masseneinwanderung wird von der CDU vorangetrieben. Sie setzt die „Umsiedlungs“-Programme der Vereinten Nationen um, sie stimmte bereits im April einem EU-Beschluss zu, der die Achtung des „fundamentalen Grundsatzes der Nicht-Zurückweisung“ von Migranten betonte und so ermahnte auch Sachsens Ministerpräsident Kretschmer die Bürger am Tag der Deutschen Einheit: „Wenn wir wachsen wollen, müssen wir offen sein für neue Menschen, die zu uns kommen.“

Auf der supranationalen Ebene unterstützt die CDU auch den sogenannten Globalen Pakt für Migration. Meine Kollegin im Bundestag, Nicole Höchst, befragte hierzu den zuständigen Staatsminister. Dieser bekräftigte, dass Deutschland den Globalen Pakt für Migration unterzeichnen werde, denn es müsse allen Staaten „abverlangt“ werden, wozu sie „verpflichtet“ seien. „Zu den Details“ wolle er „weiter nichts sagen“, selbstverständlich sei es aber auch eine Option „Geflüchtete“ aufzunehmen, jedoch in einem deutlich geringeren Umfang, als Deutschland momentan Einwohner habe!

Es ist erschreckend, was die CDU hier plant – ohne Zustimmung des Bundestages, gestützt allein auf nicht-juristische, frei auslegbare, moralische Floskeln wie Humanität und Solidarität.

Ob bei Diesel-Fahrverboten oder Masseneinwanderung: Die CDU belügt den Bürger und verweist gerne auf supranationale Vereinbarungen, die angeblich außerhalb ihres Einflussbereichs liegen. Dieser Verantwortungslosigkeit gegenüber der eigenen Nation stellt sich bisher nur die AfD entgegen.

Jörg **Urban,** *MdL*

Blauer Brief

von
Andreas-Albrecht **Harlaß**
Pressesprecher

Deutschlands gewollter Niedergang?

Der Niedergang Deutschlands begann mit der Einführung des ideologisierten Euro, vor der namhafte Ökonomen warnten und damit Recht behielten. Die seit Jahren galoppierende Geldentwertung findet auf dem Rücken der Bürger in ganz Europa statt. Anschließend folgte die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes mit der Folge, dass Deutschland die höchsten Strompreise zu tragen hat. Der ökologische Nutzen tendiert gen Null. Dafür wurde und wird die Landschaft durch Mono-Kulturen wie den Maisanbau und die Verspargelung der Kulturlandschaft mit Windrädern regelrecht zerstört. Die deutsche Kernernergie, weltweit führend, sicher und sauber, wurde politisch gemeuchelt - aus ideologischen Gründen.

Die willkürliche Grenzöffnung für Millionen kulturfremder Asylbegehrer aus dem islamischen Raum fand ebenfalls ohne Zustimmung des Volkes statt. Nicht einmal das Parlament wurde gehört. Die Auswirkungen sind für jeden sicht- und spürbar: Ausufernde Kriminalität, Morde, Vergewaltigungen, Messerstechereien inklusive, grassieren allerorten.

Schnelles Internet gibt es seit Jahren nicht flächendeckend, der Flughafenbau in Berlin ist ein blamables Desaster und nun wird systematisch die Autoindustrie – eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft – mit Schikanen politisch-ideologisch niedergerungen. Sie wird das nächste Opfer auf dem Schafott schlechter Politik sein!

Diese Regierung ist eine Ansammlung von Versagern und Ideologen, die scheinbar angetreten sind, Deutschlands führende Rolle zu schleifen. Sie muss dringend aus allen Ämtern gejagt werden!